

Entführungen

Härte gegen Hanoi

Im Fall des Geschäftsmannes und früheren Parteifunktionsnars Xuan Thanh Trinh, den mutmaßlich der vietnamesische Geheimdienst in Berlin entführt hat, fordern Bundestagsabgeordnete verschärfte Maßnahmen gegen die Regierung in Hanoi. „Aus meiner Sicht ist es erforderlich, weitere bekannte Mitarbeiter des vietnamesischen Geheimdienstes auszuweisen und einzelne projektbezogene Gelder im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit einzufrieren“, sagt der innenpolitische Sprecher und Geheimdienstexperte der SPD-Fraktion, Burkhard Lischka. Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Hardt, setzt auf ein gemeinsames Vorgehen der EU. Denkbar seien weitere Ausweisungen sowie Sanktionen, die aber nicht die vietnamesische Bevölkerung treffen dürften. Der 51-jährige Vietnamese Trinh war zusammen mit einer Begleiterin am 23. Juli in Berlin offenkundig verschleppt worden. In Deutschland hatte er um politisches Asyl ersucht.



Trinh in Berlin

Die vietnamesischen Behörden werfen ihm vor, als Manager einer Tochtergesellschaft des staatlichen Öl- und Gaskonzerns PetroVietnam einen Betrag von umgerechnet mehr als hundert Millionen Euro unterschlagen zu haben. Seine deutschen Anwälte vermuten politische Machtspiele hinter der Strafverfolgung. Die Bundesregierung hat einen Mitarbeiter des vietnamesischen Geheimdienstes bereits ausgewiesen. kno, wow

Anschläge

Spur nach Berlin

Nach einer Explosion in der Dresdner Neustadt prüft die Polizei eine Verbindung zur autonomen Szene in Berlin. Am Dienstag war in einem



Tatort in Dresden

leer stehenden Haus ein Sprengsatz detoniert. Mehrere Wände stürzten ein, Trümmer beschädigten parkende Autos. Eigentümer der Immobilie ist die Berliner CG-Gruppe, die in Dresden für 85 Millionen Euro das Projekt Königshöfe plant. In Berlin wurden die Gruppe und ihre Partner mehrfach Opfer von Anschlägen, die autonomen Zellen zugeordnet werden. Die CG will in Berlin in der Rigaer Straße bauen, in der die autonome Szene stark vertreten ist. Sächsische Ermittler prüfen nun, ob es einen Zusammenhang mit der Explosion in Dresden gibt. Sie gehen davon aus, dass die Ladung aus den Inhaltsstoffen sogenannter Polenböllern gebaut und per Funk gezündet wurde. stw

Polizei

Falsche Schüsse

Die Berliner Polizei hat in den vergangenen Jahren mehrmals Schusswaffen benutzt, ohne dies zu dürfen. Dies geht aus internen Akten des Berliner Polizeipräsidenten für den Zeitraum von März 2013 bis September 2015 hervor. Demnach schossen Polizisten in drei Fällen auf Flüchtlinge, obwohl dies nach internen Untersuchungen „nicht rechtmäßig“ war. Auch bei einem Vorfall in

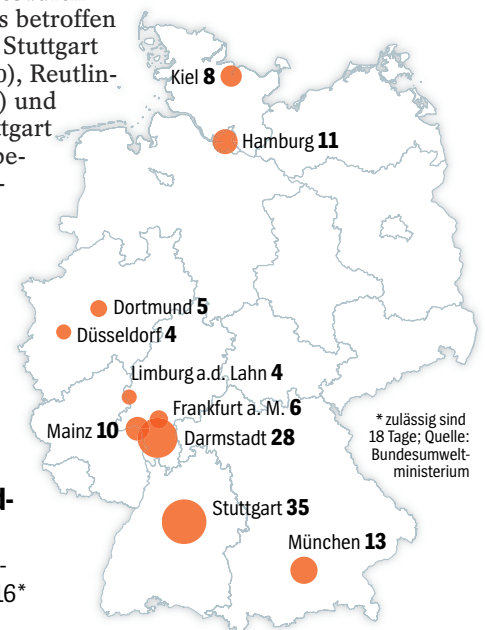
Berlin-Friedrichsfelde im Mai 2014 habe es „keinerlei Anhaltspunkte für eine Rechtfertigung der Schussabgabe“ gegeben. Die Akten belegen zudem, dass die Berliner Polizei den Fall eines psychisch Kranken, der 2013 vor dem Roten Rathaus erschossen worden war, nicht näher untersuchen wollte. „Eine gesonderte tatsächliche, taktische und rechtliche Würdigung durch die Polizei erübrigt sich“, weil die Staatsanwaltschaft den Fall bereits ausführlich untersucht habe, heißt es. mop

Luftverschmutzung

Husten – wir haben ein Problem!

Die Luft in mehreren deutschen Städten ist zu dreckig. Das zeigen neue Zahlen für das Jahr 2016, die das Bundesumweltministerium von Barbara Hendricks (SPD) auf eine Kleine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion vorgelegt hat. Sowohl die Belastung durch Stickstoffdioxid als auch durch Feinstaub sank 2016 im Vergleich zu 2013 zwar leicht, aber nicht genügend; beim Ozon stiegen die Werte in einigen Orten sogar merklich an. Beim Stickstoffdioxid liegen mehr als 40 Städte über dem Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter im Jahresdurchschnitt, besonders betroffen sind Stadtteile in Stuttgart (82), München (80), Reutlingen (66), Kiel (65) und Köln (63). In Stuttgart findet sich auch besonders viel Feinstaub in der Luft.

Beim Ozon, das der Lunge schaden kann, verschlechterten sich die Werte stark. Der Wert darf an höchstens 25 Tagen im Jahr überschritten werden, in zehn Gemeinden geschah dies aber an 38 bis 52 Tagen. Am stärksten betroffen waren das Münstertal im Schwarzwald, Oberwiesenthal, Gärtringen, Gersfeld (Rhön) und Glashütten (Taunus). Der Grünsprecher für Umweltpolitik, Peter Meiwald, fordert nun eine härtere Gangart der Regierung gegenüber der Autoindustrie: „Pauschale Fahrverbote kann man nicht wollen – sie werden aber unausweichlich, wenn diese Bundesregierung weiterhin die Arbeit verweigert.“ akm



Stickstoffdioxid-Belastung

Tage mit Grenzwertüberschreitung 2016*